Anlage 1

Leistungsbeschreibung Arbeitsmedizinische bzw. betriebsärztliche Betreuung

1. Gegenstand der Auftragsvergabe

Die Zentrale Beschaffungsstelle des Landesentrums Wald (LZW) Sachsen-Anhalt beabsichtigt, die Wahrnehmung der arbeitsmedizinischen bzw. betriebsärztlichen Betreuung am Standort der Betriebsleitung des Landesforstbetriebes (LFB) Sachsen-Anhalt, Lennéstraße 6, 39112 Magdeburg und den Außenstellen - Große Ringstraße 52, 38820 Halberstadt sowie - Forstbetrieb Ostharz, Forstpark 1, 06493 Harzgerode an externe Dienstleister für den Zeitraum vom 01.07.2025 bis 30.06.2027, mit der Option der zweimaligen Verlängerung um jeweils ein Jahr maximal bis zum 30.06.2029 zu vergeben.

Grundlage für die Aufgaben bilden das Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (ASiG), das Gesetz über die Durchführung von Maßnahmen des Arbeitsschutzes zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten bei der Arbeit (ArbSchG), die Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge (ArbMedVV) sowie die Unfallverhütungsvorschrift „Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit“ (DGUV Vorschrift 2), jeweils in der aktuell gültigen Fassung.

Während der Gesamtvertragslaufzeit kann es, zum Beispiel bei Umzügen, zum Wegfall bzw. zur späteren Wiederaufstockung einzelner im Leistungsumfang enthaltener Dienststellen kommen.

1.1 Beschäftigtenzahlen, voraussichtlicher Vertragsbeginn

Die ZBSt des LZW Sachsen-Anhalt schreibt die arbeitsmedizinische Betreuung für die Betriebsleitung des Landesforstbetriebes Sachsen-Anhalt (ca. 32 Personen) aus.

Betriebsleitung LFB
ca. 32 Personen
Vertragsbeginn voraussichtlich ab 01.07.2025

Zu beachten ist, dass für die betriebsärztliche Versorgung eine Betriebsärztin/ein Betriebsarzt mit der erforderlichen Fachkunde als ständige Ansprechpartnerin/ständiger Ansprechpartner zur Verfügung stehen muss, für Krankheits- und Urlaubszeiten soll eine fachkundige Vertretung benannt werden.

Die genannten Mengenangaben basieren auf einem geschätzten Jahresbedarf. Ein Anspruch auf Abnahme der konkreten Mengen besteht nicht.

1.2 Bestellung von Betriebsärztinnen/Betriebsärzten bzw. Verpflichtung von überbetrieblichen betriebsärztlichen Diensten

Für die Bestellung der Betriebsärztinnen/Betriebsärzte bzw. die Verpflichtung eines überbetrieblichen arbeitsmedizinischen Dienstes ist die Leiterin/der Leiter der zu betreuenden Dienststelle zuständig.

1.3 Anforderungen an Betriebsärztinnen/Betriebsärzte

Als Betriebsärztinnen/Betriebsärzte dürfen nur Personen bestellt werden, die berechtigt sind, den ärztlichen Beruf auszuüben und über die zur Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben erforderliche arbeitsmedizinische Fachkunde verfügen.

Wird ein überbetrieblicher arbeitsmedizinischer Dienst zur Bereitstellung einer Betriebsärztin/eines Betriebsarztes verpflichtet, darf dieser nur eine Betriebsärztin/einen Betriebsarzt einsetzen, die/der die vorgenannten Voraussetzungen erfüllt. Mit Abgabe des Angebots bestätigt der Auftragnehmer, dass die eingesetzte Ärztin/der eingesetzte Arzt eine gültige Approbationsurkunde besitzt.

Die erforderliche arbeitsmedizinische Fachkunde wird bei Ärztinnen/Ärzten als gegeben angesehen, die nachweisen, dass sie berechtigt sind, die Gebietsbezeichnung „Arbeitsmedizin“ oder die Zusatzbezeichnung „Betriebsmedizin“ zu führen, § 3 DGUV Vorschrift 2. Abweichend davon genügt der Nachweis der erforderlichen Fachkunde unter den Voraussetzungen des § 6 DGUV Vorschrift 2.

Ärztinnen/Ärzte in Weiterbildung dürfen nicht als Betriebsärztin/Betriebsarzt bestellt werden. Wird ein überbetrieblicher arbeitsmedizinischer Dienst zur Bereitstellung einer Betriebsärztin/eines Betriebsarztes verpflichtet darf auch dieser als Betriebsärztin/Betriebsarzt keine Ärztin/keinen Arzt in Weiterbildung einsetzen. Eine Übertragung einzelner betriebsärztlicher Leistungen an eine/n approbierte/n Ärztin/Arzt ist unter den in der „Arbeitsmedizinischen Empfehlung Delegation (AME)“ des BMAS beschriebenen Voraussetzungen möglich. Erforderlich ist, dass sich die Betriebsärztin/der Betriebsarzt „in unmittelbarer Nähe des weiterzubildenden Arztes aufhält oder wenn der delegierende Arzt sich davon überzeugt hat, dass der weiterzubildende Arzt über ausreichende Erfahrung mit der Erbringung dieser einzelnen Leistung zur Erfüllung der betriebsärztlichen Aufgaben verfügt. In schriftlichen Dokumenten (zum Beispiel Vorsorgebescheinigung) muss der weiterbildende Betriebsarzt erkennbar sein“.

Die Gesamtverantwortung für die betriebsärztliche Leistung bleibt bei der Betriebsärztin/dem Betriebsarzt.

Die vom Auftragsnehmer im Leistungsverzeichnis benannten Betriebsärztinnen/Betriebsärzte stehen dem Auftraggeber während der gesamten Laufzeit des Vertrages zur Verfügung. Ein **Tausch** der Betriebsärztinnen/Betriebsärzte darf **nur einvernehmlich mit dem Auftraggeber** (Leiterin/Leiter der Dienststelle) erfolgen. Der Auftragnehmer muss sicherstellen, dass als Ersatz eine Betriebsärztin/ein Betriebsarzt mit der erforderlichen arbeitsmedizinischen Fachkunde eingesetzt wird.

1.4 Aufgaben der Betriebsärztinnen/Betriebsärzte

1.4.1 Allgemeines

Der/die Auftragnehmer/in übernimmt die arbeitsmedizinische bzw. betriebsärztliche Betreuung (im folgenden Betriebsärztin/Betriebsarzt) der Beschäftigten der oben aufgeführten Dienststelle gemäß den Richtlinien der DGUV Vorschrift 2, insbesondere die in Anhang 3 beschriebenen Aufgabenfelder der Grundbetreuung sowie die in Anhang 4 zu berücksichtigten Aufgabenfelder der ergänzenden betriebsspezifischen Betreuung.

Für die ordnungsgemäße Durchführung der Aufgaben nach dem ASiG in Verbindung mit der DGUV Vorschrift 2 erhält der Auftragnehmer alle erforderlichen Informationen und Auskünfte vom Auftraggeber. Dieser ermöglicht dem Betriebsarzt des Auftragnehmers, die Betriebsbegehungen und Arbeitsplatzbesichtigungen vorzunehmen.

Wir erwarten eine zielorientierte Zusammenarbeit mit der Fachkraft für Arbeitssicherheit und die Teilnahme an den Arbeitsausschusssitzungen nach § 10 ASiG.

1.4.2 Grundbetreuung

1.4.2.1 Ermittlung der Betreuungszeit für den Landesforstbetrieb Sachsen-Anhalt

Gemäß DGUV Vorschrift 2, Anlage 2 sind in der Grundbetreuung feste Einsatzzeiten pro Beschäftigten und Jahr vorgegeben (Summenwert für den Betriebsarzt und für die Fachkraft für Arbeitssicherheit). Der Umfang der Betreuungsstunden wird über die Zuordnung des Betriebes zu einer der 3 Betreuungsgruppen bestimmt.

Der Betriebszweck des **Landesforstbetriebes Wald Sachsen-Anhalt** ist grundsätzlich in **Ziffer 4 der Betriebsordnung für den Landesforstbetrieb Sachsen-Anhalt** festgelegt:

Er bewirtschaftet den Landeswald nachhaltig nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen mit Gewinnerzielungsabsicht unter Wahrung der besonderen Gemeinwohlverpflichtung und verwaltet alle landeseigenen Waldflächen und bebaute landeseigene Liegenschaften, die betriebsnotwendig sind.

Der Landesforstbetrieb führt seine Aufgaben mit dem Ziel durch, seine Selbstkosten zu decken und sein Betriebsvermögen mindestens zu halten.

Er nimmt dabei folgende Aufgaben wahr:

- a) nachhaltige, ökogerechte Bewirtschaftung des Landeswaldes,*
- b) Holzvermarktung, Waldbau, Waldschutz, Forsteinrichtung, Sicherung der Schutzfunktion, Jagd, sonstige Dienstleistungen und Produkte, soweit sie mit den Kernaufgaben im Zusammenhang stehen,*
- c) Betriebs- und Finanzbuchhaltung, Revision, IT-Betreuung, Forstplanung, Wirtschaftsplanung, Controlling, Logistik, Liegenschaftsmanagement für die dem Landesbetrieb zugeordneten Liegenschaften, allgemeine Verwaltung.*

Klassische forstliche Tätigkeiten treten in den fünf Forstbetrieben Altmark, Anhalt, Oberharz, Ostharz und Süd auf. In der Betriebsleitung werden die übergeordneten Richtlinien und Ziele festgelegt und es überwiegt eine klassische Bürotätigkeit. Einzelne Bedienstete nehmen Aufgaben im forstlichen Außendienst wahr bzw. Begehen im Rahmen der Arbeitsausübung regelmäßig die forstlichen Bestände. Bedienstete mit Jagdberechtigung werden zudem bei der Organisation, zur Unterstützung und Durchführung bei Gesellschaftsjagden eingesetzt.

Damit ist eine Zuordnung zur lfd. Nr. 1613, WZ 2008 Kode 84 – „Öffentliche Verwaltung“ mit der Gruppe III – 0,5 h interessen- und sachgerecht.

Die Aufgabenfelder aus Anlage 2 zu § 2 Abs. 3 DGUV Vorschrift 2 und der Umfang werden dabei regelmäßig auf ihre Relevanz hin überprüft und ggf. angepasst.

Für die Dienststelle wurde der Leistungsumfang der arbeitsmedizinischen Betreuung nach den Vorschriften der DGUV Vorschrift 2 ermittelt. Die konkreten Betreuungszeiten können der beigefügten Anlage 2 „Ermittlung der Einsatzzeiten BA nach DGUV Vorschrift 2“ entnommen werden.

1.4.3 Betriebsspezifische Betreuung, arbeitsmedizinische Vorsorge

Die Betriebsärztin/der Betriebsarzt hat die Beschäftigten entsprechend § 3 Abs. 1 Nr. 2 ASiG zu untersuchen, arbeitsmedizinisch zu beurteilen und zu beraten sowie die Untersuchungsergebnisse zu erfassen und auszuwerten, um gesundheitliche Gefährdungen und Risiken rechtzeitig erkennen und beheben zu können.

Sie/er hat unabhängig von der vorgeschriebenen Pflicht- und Angebots- und Wunschvorsorge nach der Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge (ArbMedVV) nach eigenem Entschluss arbeitsmedizinische Untersuchungen dann durchzuführen, wenn die bzw. der Beschäftigte an einem Arbeitsplatz beschäftigt werden soll oder beschäftigt ist, der ein gesundheitsgefährdendes Risiko darstellt.

Arbeitsmedizinische Vorsorge ist Bestandteil des betriebsspezifischen Teils der Betreuung und nicht auf die Einsatzzeiten der Grundbetreuung anzurechnen.

1.4.4 Ärztliche Untersuchung bei begründeter Veranlassung

Der Arbeitgeber ist bei begründeter Veranlassung berechtigt, seine Mitarbeiter zu verpflichten, durch ärztliche Bescheinigung nachzuweisen, dass sie zur Leistung der geschuldeten Tätigkeit in der Lage sind (vgl. etwa § 3 Abs. 3 TV-L).

Leistungsgegenstand für den Auftragnehmer sind die sich daraus ergebenden Untersuchungen.

1.5 Abrechnung

Die **Dienstleistungen der Grundbetreuung und der betriebsspezifischen Betreuung** sind nach Stunden mit detaillierter Beschreibung der erbrachten Dienstleistung und unter Angabe des Ortes abzurechnen.

Davon ausgenommen sind die Pflicht- und Angebotsuntersuchungen (z. B. G 20, G 25, G 37, G 46 ...). Diese werden mit einem Festpreis abgerechnet.

Die Abrechnung ärztlicher **Untersuchungen** bei begründeter Veranlassung **gemäß Ziffer 1.4.4** erfolgt nach Stunden.

Aufwendungen für An- und Abreise zur Dienststelle oder Fahrten zwischen einzelnen Standorten, notwendige Fortbildungen sowie sonstige Nebenkosten werden für keine der nach diesem Vertrag erbrachten Leistungen gesondert vergütet und sind in die jeweiligen Angebotspreise einzukalkulieren.

Es ist monatlich nachträglich abzurechnen.

1.6 Abstimmung mit der Dienststellenleitung, räumliche und sächliche Ausstattung

Die Dienststellenleiterin/der Dienststellenleiter legt im Benehmen mit der Betriebsärztin/ dem Betriebsarzt fest, zu welchen Zeiten diese/dieser den Beschäftigten für Beratungen, Untersuchungen und Begutachtungen zur Verfügung steht. Die Dienststelle unterstützt die Betriebsärztin/den Betriebsarzt bei der Erfüllung ihrer/seiner Aufgaben.

Spezielle Geräte und Mittel sowie Hilfspersonal, die für die Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, sind von der Betriebsärztin/dem Betriebsarzt zur Verfügung zu stellen. Die Kosten für die vorgenannten Hilfsmittel und Hilfspersonal können nicht gesondert in Rechnung gestellt werden.

1.7 Unabhängigkeit bei der Anwendung der Fachkunde

Die Betriebsärztin/der Betriebsarzt berät die Dienststellenleitung und besitzt den Beschäftigten gegenüber keine Weisungsbefugnis.

Kann sich die Betriebsärztin/der Betriebsarzt über eine von ihr/ihm vorgeschlagene arbeitsmedizinische oder sicherheitstechnische Maßnahme mit der Dienststellenleiterin/dem Dienststellenleiter nicht verständigen, so kann sie/er ihren/seinen Vorschlag unmittelbar der vorgesetzten Dienststelle unterbreiten.

Lehnt die vorgesetzte Dienststelle den Vorschlag ab, so ist dies der/dem Vorschlagenden schriftlich mitzuteilen und zu begründen; der Personalrat der betroffenen Dienststelle erhält eine Abschrift (entsprechend § 8 Abs. 3 ASiG).

Die Betriebsärztin/der Betriebsarzt hat die ärztliche Schweigepflicht zu wahren.

Der/dem Beschäftigten selbst ist grundsätzlich uneingeschränkt Auskunft über ihren/seinen gesundheitlichen Zustand zu erteilen. Auf Verlangen muss ihr/ihm die Ärztin/der Arzt das Untersuchungsergebnis eröffnen.

Die/der Beschäftigte und der Arbeitgeber/Dienstherr erhalten nach jeder Teilnahme an einer arbeitsmedizinischen Vorsorge von der Betriebsärztin/dem Betriebsarzt eine Vorsorgebescheinigung nach § 6 Abs. 3 ArbMedVV, AMR (Arbeitsmedizinische Regel) Nr. 6.3.

1.8 Zusammenarbeit

1.8.1 Zusammenarbeit mit dem Personalrat

Die Betriebsärztin/der Betriebsarzt arbeitet bei der Erfüllung ihrer/seiner Aufgaben mit dem Personalrat vertrauensvoll zusammen (§ 2 Abs. 1 Bundespersonalvertretungsgesetz, § 59 PersVG LSA i.V.m. § 9 A-SiG).

Die Betriebsärztinnen/Betriebsärzte haben den Personalrat über wichtige Angelegenheiten des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung zu unterrichten, die Vorschläge mitzuteilen, die sie nach 1.7 der Leistungsbeschreibung an die vorgesetzte Dienststelle gegeben haben und den Personalrat auf sein Verlangen in Angelegenheiten des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung zu beraten.

Schriftliche Vorschläge an die Dienststellenleiterin/den Dienststellenleiter kann die Betriebsärztin/der Betriebsarzt dem Personalrat zur Kenntnis geben.

1.8.2 Zusammenarbeit mit der Fachkraft für Arbeitssicherheit

Die Betriebsärztinnen/Betriebsärzte und die Fachkraft für Arbeitssicherheit haben entsprechend § 10 ASiG bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zusammenzuarbeiten. Dazu gehört es insbesondere, gemeinsame Begehungen der Arbeitsstätten vorzunehmen.

Die Fachkraft für Arbeitssicherheit und die/der Betriebsärztin/Betriebsarzt sollen ihre Vorschläge an die Dienststellenleiterin/den Dienststellenleiter, die beide Fachbereiche berühren, gegenseitig abstimmen und Unterlagen über Arbeitsschutzprobleme, die für beide Seiten relevant sind, austauschen.